

Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 08/53. Jahrgang

August 2022

Schutzgebühr: 0,40 €

UKGM – Kassieren ohne Gegenleistung

Das Pokern zwischen Landesregierung und dem Asklepios-Konzern um die Zukunft des Uniklinikums Gießen/Marburg (UKGM) – und damit um die Krankenversorgung der Region und die Medizinischen Fakultäten der mittelhessischen Unis – geht weiter. Allen Beobachtern ist klar, was der Konzern will: Das Land soll die Investitionen und außerdem hohe Beträge für die Duldung universitärer Forschung und Lehre bezahlen. Der private Betreiber will im Gegenzug **keine** Verpflichtungen eingehen.

Zum Geschäftsgebaren in Asklepios-Kliniken gehören betriebsbedingte Kündigungen, Ausgliederung der nichtärztlichen Bereiche an Tochterfirmen ohne Tarifbindung und Betriebsrat, sowie die Konzentration auf Patienten mit hohen Fallpauschalen. Alles dient dem Ziel möglichst hoher Gewinnentnahme.

Zeitungssente am Schwanenteich

Die Kahlschlag-Pläne der Stadt Gießen, ihrer grünen Umweltschönheit und ihres Gartenamts für den Weg zwischen Schwanenteich und der Wiesbeck stoßen bei vielen Gießenern auf Widerspruch. Wie vor der Landesgartenschau kommt wieder die Zeit für Trolle, Lügenbarone und verbale Giftmischer. Ihr Ziel ist es, alle, die nach Alternativen suchen, zu verunglimpfen. So versuchte es Silvia Lange von einer städtischen Agenda-Gruppe in einem Artikel von



Die Landesregierung scheint dem Treiben des Konzerns ratlos gegenüber zu stehen. Bei einer im Deutschlandfunk übertragenen Veranstaltung im Jahre 2012 im UKGM sagte die damalige Wissenschaftsministerin Kühne-Hörmann (CDU) sinngemäß: *Wir konnten beim Verkauf ja nicht wissen, dass*

die Geld verdienen wollen. Damit gab sie zu, dass das Land einen sehr schlechten Vertrag unterschrieben hat. An diesem Wohlwollen dem Kapital gegenüber hat sich seitdem nichts geändert. Die einzigen, die um die Zukunft des Klinikums kämpfen, sind die Beschäftigten, ihre Gewerkschaft ver.di und viele solidarische Unterstützer. Obwohl Streiks in Kliniken schwer zu organisieren sind, rufen sie immer wieder zu ein- oder mehrtägigen Warnstreiks auf. Solange die Landesregierung nicht das Instrument „Vergesellschaftung“ ins Spiel bringt, wird sie gegen Asklepios keine Chance haben. **Die Streikenden am UKGM verdienen jede Unterstützung!**

Gernot Linhart

Redakteur Möller in der „Gießener Allgemeine Zeitung“. Allerdings – wenn man Behauptungen aufstellt, sollte man diese beweisen können. Plötzlich waren die behaupteten „polemischen“ Kommentare „von Mitgliedern der Schwanenteich-BI“ in der „Openpetition“-Homepage nicht mehr da. Na so was!

„Openpetition“ (OP) gab der Bürgerinitiative „Wiesbeckaue“ dazu eine aufklärende Auskunft: Drei Kommentare wurden gelöscht, weil

Fortsetzung auf Seite 2

Inhalt

Wohnen statt Kanonen	S. 2
Faschisten-Versteher / Baerbock - Meisterin der Heuchelei	S. 3
Meineid-Regierung / Klimaschutz muss warten	S. 4
Renten steigen nicht für alle / 1,6 Mrd. vom Hunger bedroht	S. 5
Imperialismus und Kriegsgefahr / Baskenland	S. 6
Pandemie und Wirtschaftskrise in Kuba	S. 7
Termine / 50 Jahre Gießener Echo / Leserbrief	S. 8

Für Frieden und Sozialismus!

DKP



Fortsetzung von Seite 1

Zeitungsente am Schwanenteich

sie „übertrieben polemisch und obendrein unbelegt und falsch zugeordnet“ waren. Nach Einschätzung von OP handelte es sich um ein Missverständnis des Verfassers. Nichts deutete darauf hin, dass es sich um ein BI-Mitglied handelte.

Im Leitbild der von den Stadtver-

ordneten gegründeten Agenda 21-Gruppen steht nichts von Verunglimpfung und Verleumdung, dafür aber, dass „vorhandene Biotope (Lebensräume) zu erhalten, zu sichern und zu schützen“ sind.

M. Berger

Wohnen statt Kanonen – auch für Gießen

Der Kampf des Westens gegen Russland schadet im Augenblick dem Westen mehr als Russland. Die Inflation steigt. Das gilt vor allem für Lebensmittel und Energie. Auch die Mieten steigen. Als ob die Lage für die Lohnabhängigen nicht schon schwer genug wäre, drohen jetzt auch Heizungsabschaltungen. Bezahlbaren Wohnraum in Deutschland zu finden ist schwer. Robert Feiger, der Vorsitzende der IG BAU, fordert, dass die Löhne mit der Preisentwicklung beim Wohnen Schritt halten müssen. Bis 2030 müssten jährlich 160.000 dauerhafte Sozialwohnungen geschaffen werden. Aber trotz Milliarden-Förderung durch den Staat sinkt die Zahl der günstigen Sozialwohnungen in Deutschland seit Jahren. Gebraucht werden Hunderttausende Sozialwohnungen. Die Bundesländer schaffen im Durchschnitt nur einige hundert.

Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Gießen sehr groß

Gießen ist eine „junge“ Stadt, die SGB II-Quote liegt bei 13,7%. Die Zahl der Einwohner ist auf aktuell 89.000 gestiegen. Laut einer Studie gehört Gießen zu den Städten, bei denen die Diskrepanz zwischen Bedarf und Neubau am größten ist. Laut einer Studie des Pestel-Institutes von 2019 müssen im Regierungsbezirk Gießen mindestens 4.344 Sozialwohnungen jährlich gebaut werden, um den Wohnungsbedarf zu decken. In den vergangenen drei Jahren wurden im Schnitt jedoch nur 2.905 fertiggestellt. Bereits Ende des vergangenen Jahres fehlten 8.157 Wohnungen auf dem Markt. Von den gebauten Wohnungen sind nur ein Bruchteil Sozialwohnungen. Im Wohnraumkonzept der Stadt ist unter dem Stichwort "Investitions-Initiative für den

sozialen Wohnungsbau" von Schaffung und dem Erhalt von 400 Sozialwohnungen die Rede. Laut Angaben des Mietervereins Gießen fehlen 3.000 bezahlbare Wohnungen in Gießen. 2.700 Menschen stehen auf den Wartelisten für bezahlbaren und sozialen Wohnraum bei den Wohnungsunternehmen.

Bestenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein

Bundesbauministerin Klara Geywitz (SPD) wollte für den Bau von Sozialwohnungen 14,5 Mrd. Euro zur Verfügung stellen. Davon ist die Bundesregierung weit entfernt. Aber es hängt nicht nur an öffentlichen Mitteln. Im Kapitalismus bringt der Bau von Sozialwohnungen nicht genug Profit.

Nur ein staatlich regulierter Wohnungsmarkt und die Enteignung der Wohnungskonzerne kann helfen.

Henning Mächerle

100 000 000 000 Euro werden der Hochrüstung und Militarisierung zugeschoben, während die Wohnsituation für viele Menschen schlecht ist und schlimmer wird.

Zu hohe Mieten, massive Kostenerhöhungen für Strom - Wasser - Wärme - kommunale Gebühren - Lebensmittel und natürlich die kapitalistische Inflation.

Viele Menschen, die von Arbeit leben, bekommen Probleme, aufgrund der politischen und wirtschaftlichen Entscheidungen der Regierung.

Wohnen - Heizen - Essen - Gesundheit - Arbeit für die Bevölkerung: Schluss mit Aufrüstung, dem 2%-Rüstungszuschuss und dieser aggressiven Außen- und Innenpolitik.

Schluss mit den Sanktionen gegen Russland, sowie gegen alle anderen Staaten. Inbetriebnahme von Nordstream 2, anstatt aus ideologischen Gründen Frackinggas über zu errichtende LNG - Terminals liefern zu lassen.

Gegen den sozialen Kahlschlag der Regierung!

Patrik Köbele
DKP

WOHNEN STATT KANONEN.

100 000 000 000
Gründe: Nein
zur Aufrüstung!

DKP
dkp.de

Faschisten-Versteher in der Ukraine und in der BRD

Kritische Stimmen in der Beurteilung des Ukraine-Kriegs sind selten und wenn werden sie sofort mit der Moralkeule niedergemacht – auch auf den Leserbrief-Seiten in Gießen. Für die Solidarität mit der Ukraine sind keine Sanktionen zu scharf, obwohl letztendlich wir in der BRD zu den Hauptleidtragenden

gehören und bald ganz solidarisch nicht nur frieren sondern viele auch hungern werden müssen. Monatelang durfte der ukrainische Botschafter Melnyk rüpelhaft sein Kriegsgeschrei herausposaunen und ungehindert seine Verehrung für den ukrainischen Faschisten Bandera zelebrieren, der für die Ermordung zigtausender Juden und Polen während des 2. Weltkrieges verantwortlich war. Auf seine jetzt erfolgte Abberufung dürfte nicht zuletzt auch der Staat Israel gedrängt haben – denn mit seiner Bemerkung „persönlich habe Bandera keine Juden umgebracht“, ist Melnyk deutlich zu weit gegangen. Schließlich hat Adolf Hitler „persönlich“ wohl auch keinen Juden umgebracht. Mit seiner Huldigung für Bandera steht Melnyk, der an dessen Grab in München kürzlich ehrfurchtsvoll Blumen niederlegte, nicht allein. Während in der Ukraine die Denkmale für die Opfer von Faschismus und Krieg geschleift werden, gehört die Bandera-

Verehrung zur Staatsdoktrin, immer mehr Straßen werden nach diesem Massenmörder benannt. Die Verantwortlichen in Politik und Medien in der BRD verschließen vor diesen Tatsachen die Augen, genau wie vor den Faschisten in der ukrainischen Armee, die sich offen mit Nazi-Symbolen, einschließlich Hakenkreuz, Hitlerbild und -gruß, zeigen.

Jedes Jahr steht in der UN-Vollversammlung eine Resolution zur Abstimmung, die darauf abzielt, keine Verherrlichung und Wiederbelebung des Faschismus zuzulassen. Lediglich zweier 193 Staaten stimmen regelmäßig dagegen: die USA, die Führungsmacht unserer grundwertebasierten Freiheit, und – die Ukraine.
Erika Beltz

Beide Gießener Tageszeitungen haben diesen Leserbrief bis Redaktionsschluss nicht abgedruckt und damit die Aussage im Text über die Medien nachdrücklich bestätigt. E.B.



Baerbock – Meisterin der Heuchelei

Bei einem Besuch in Hiroshima forderte Außenministerin Baerbock im Juli die Abschaffung aller Atomwaffen. Da wäre es naheliegend, in der Bundesregierung, der sie angehört, für den Beitritt Deutschlands zum UN-Vertrag zum Atomwaffenverbot einzutreten. Dieser Vertrag wurde von der UN-Vollversammlung mit großer Mehrheit angenommen und ist völkerrechtlich gültig. Von den Staaten, die über Atomwaffen verfügen, wird er allerdings ignoriert, von den USA und den mit ihr verbündeten Staaten wird er aktiv bekämpft.

Die Bundesregierung beharrt auf ihrer sogenannten "nuklearen Teilhabe" und gibt Milliarden für neue Flugzeuge aus, die die in Deutschland lagernden US-Atombomben zum Ziel fliegen und abwerfen können. In der Bundeswehr gibt es keine Stimmen dagegen

– dort gibt es offensichtlich genug Leute, die diese Aufgabe gerne übernehmen würden.

Heuchlerisch ist auch Baerbocks Verhalten im Fall Julian Assange. Noch kurz vor ihrem Eintritt in die Bundesregierung forderte sie die Freilassung des eingekerkerten und von der Auslieferung in die

USA bedrohten Aktivisten. Jetzt will sie davon nichts mehr wissen und meint, das sei Sache der britischen Justiz und Regierung. Sie redet gern von einer feministischen Außenpolitik – da orientiert sie sich wohl an den großen "Feministinnen" Thatcher und Albright.

Gernot Linhart



Meineid – Regierung

„Schaden vom deutschen Volk abwenden – seinen Nutzen mehren“ – das haben Bundeskanzler Scholz und seine Ministerinnen und Minister beim Amtsantritt geschworen. Eingehalten wurde dieser Eid noch nie, regiert wurde zum Nutzen der Reichsten und zum Schaden der Ärmere. So offensichtlich wie jetzt war der Meineid aber selten. Ohne Not hat die Regierung eine bisher in der Bundesrepublik nicht gekannte Teuerungswelle und Energieknappheit verursacht.

Jedem, der ein wenig von Wirtschaft versteht, muss klar sein, dass die Verknappung von weltweit gebrauchten Gütern wie Erdöl und

Erdgas zu unkalkulierbaren Preissteigerungen führt. Das regierungsamtliche Rätselraten darüber, ob, wann und wie weit der Gashahn von den russischen Lieferanten wieder aufgedreht wird, ist einfach lächerlich. Warum verhandelt man nicht wie das bei jedem Geschäft normal ist? Frau Baerbock hat verkündet, Russland solle ruiniert werden, niemand in der Regierung hat das demontiert. Wie kann man erwarten, dass ein Handelspartner,

den man ruinieren will, seinerseits mit Wohlverhalten reagiert? Statt immer schärferer Sanktionen, die uns mehr schaden als Russland, wäre endlich Deeskalation angebracht. G.L.



Klimaschutz muss warten (Teil 2/2)



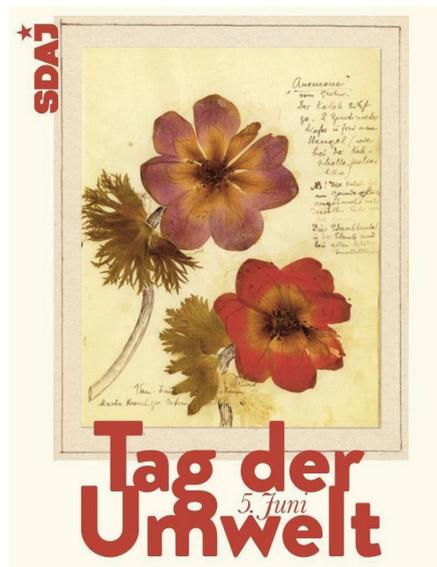
Mehr Fracking und fossile Energie
In ihrem Übereifer, der Abhängigkeit von russischem Gas zu enttinnen und die Energiekonzerne in USA und Katar zu beschenken, gab die Bundesregierung Anfang Mai bekannt, den Import von verflüssigtem Erdgas beschleunigen zu wollen. Verflüssigtes Erdgas wird zum Großteil mittels einer Fracking-Methode gewonnen, die Menschen, Böden und Wasser schwer vergiftet.

Neue Importkapazitäten sollen nun im Eilverfahren gebaut, Umweltprüfungen und demokratische Beteiligungs- und Klagerechte abgeschafft bzw. eingeschränkt werden. Das stellt für uns neben den horrenden Lebenshaltungskosten, die uns Krieg, Sanktionen und Preistreiber bescheren, eine Mehrbelastung dar: Drei Milliarden Euro sollen wir für diese klimapolitisch katastrophalen Unternehmungen zahlen.

Entlastungsschwindel

Das 9-Euro-Ticket gehört zum „Entlastungspaket 2022“, das die Ampel-Antwort auf wachsenden Frust über Inflation und explodierende Energiepreise

ist. Kaputtgesparte Infrastruktur, Zugausfälle, Streckensperrungen wegen überfälliger Sanierungen und fehlendes Personal machen das 9-Euro-Ticket aber zur **nicht nachhaltigen** Nullnummer, die Kommunen und Beschäftigte noch mehr belastet.



300 Euro „Energiepauschale“ gibt es im Paket für alle Steuerzahler; Sozialhilfeempfänger, Azubis und Studierende bekommen weniger, Rentner gar nichts. Und die „Spritpreisbremse“, die dritte große Maßnahme, bedeutet keine Beschneidung der Extraprofite der Energiemonopole und damit keine

Entlastung der Verbraucher, sondern eine Absicherung der Preistreiber und Milliardengewinne der Mineralölkonzerne.

Unsere Forderungen

- Abrüsten statt Aufrüsten!
Verhandeln jetzt, den Krieg stoppen!
- Energiepreisstopp unter demokratischer Kontrolle! Energiekonzerne verstaatlichen!
- Privatisierung der Bahn und des ÖPNV rückgängig machen!
Kostenloser ÖPNV!
- Ausstieg aus fossiler Energie, Umbau umweltschädlicher Unternehmen, bezahlte Fortbildungen und Umschulungen statt Lohnsenkungen und Massenentlassungen!
- Umweltverschmutzer und Reiche müssen zahlen! Keine CO₂-Steuer oder andere Preiserhöhungen auf unserem Rücken!

Abgeschrieben: <https://www.sdaj.org/2022/06/19/klimaschutz-muss-warten/>



Renten steigen – nicht für alle

Jedes Jahr werden die Renten ab 1. Juli an die Lohnentwicklung der Vorjahre angepasst. Dieses Jahr wurde eine Erhöhung um fast 6% angekündigt. Noch Anfang des Jahres erschien dies als ausreichende Anpassung – durch die inzwischen eingetretene Teuerungsrate reicht es jetzt nicht mal ansatzweise zur Erhaltung der Kaufkraft. Wie jedes Jahr wird kaum erwähnt, dass eine große Zahl von Rentnern nichts von dieser Erhöhung hat – alle, deren Renten so niedrig sind, dass sie auf Grundsicherung angewiesen sind. Dieser Betrag, der dem Hartz 4-Satz entspricht, wird um die Rentensteigerung gekürzt.

Dazu bekommen die Betroffenen Post vom zuständigen Amt und

müssen verschiedene Unterlagen, z. B. alle Kontoauszüge der letzten drei Monate, einreichen. Sie müssen also nicht nur eventuelle nicht erlaubte zusätzliche Einnahmen, sondern auch Ausgaben offenlegen. Der Hartz 4-Satz wurde in diesem Jahr bekanntlich nur um drei Euro, etwa 0,6%, erhöht. Der niedrige Betrag zwingt angesichts der Teuerungsrate zu erheblichen Einschränkungen. Die Tafeln in Deutschland erleben deswegen erheblichen Zulauf und sind weder personell noch materiell in der Lage, allen Betroffenen zu helfen.

Wegen der gestiegenen Lebens-

haltungskosten haben Leistungsempfänger und Wohlfahrtsverbände Klagen eingereicht und wollen bis vor das Bundesverfassungsgericht gehen. Solche Verfahren dauern aber lange, schnelle Hilfe ist nicht zu erwarten. Sozialminister Heil hat zum 01.01.2023 eine Neuberechnung des Bedarfs angekündigt und deutliche Steigerungen versprochen. Die FDP hat aber sofort dagegen protestiert. Notwendig wäre ein landesweiter Kampf aller Betroffenen und aller Solidarischen für das Recht auf ein existenzsicherndes Einkommen.

Gernot Linhart



1,6 Mrd. Menschen vom Hunger bedroht

Der Krieg in der Ukraine kommt den Herrschenden gerade recht, für Probleme ist Russland verantwortlich und nicht etwa die Tatsache, dass alles im Kapitalismus eine Ware ist und seinen Preis hat.

Ursula von der Leyen verkündete in Davos ihre neu entdeckte Sorge um die „schwachen Länder und gefährdeten Bevölkerungsgruppen“, die am meisten unter den steigenden Lebensmittelpreisen „leiden“ würden. Sechs Monate vor dem Treffen in Davos erklärte der Präsident des UN-Welternährungsprogramms, David Beasley, dass der Hunger in der Welt im Jahr 2022 beseitigt und Millionen Menschenleben gerettet werden könnten, wenn die reichsten Menschen der Welt nur 6,6 Milliarden Dollar – oder 0,04 % – ihres Gesamtvermögens von 13,1 Billionen Dollar spendeten.

Jedes Jahr verhungern 9 Mio. Menschen, ohne dass kapitalistische Medien Notiz davon nehmen. Todeszahlen interessieren nur, wenn sie für ihre Kriegspropaganda taugen.

Die Ursache für den weltweiten Massenhunger war und ist der Kapitalismus. Jede Krise des Kapitalismus macht die Reichen reicher und die Armen ärmer. Ein Oxfam-Bericht macht das deutlich. Er dokumentiert die enorme

Zunahme der sozialen Ungleichheit und des Hungers während der Corona-Pandemie. Laut Oxfam kam während der Pandemie „im Durchschnitt alle 30 Stunden“ ein neuer Milliardär hinzu, während 20 Mio. Menschen starben. Besonders boomen die Agrarkonzerne. Essen müssen Menschen immer. Deshalb lässt sich damit so viel Geld verdienen.

Mittlerweile sind 1,6 Mrd. Menschen von Ernährungsunsicherheit betroffen und in diesem Jahr sind die Lebensmittelpreise um 45 % weltweit gestiegen.

Für den derzeitigen Anstieg der Lebensmittelpreise sind in erster Linie die US-Regierung und ihre imperialistischen Verbündeten verantwortlich. Die Rekordpreise sind größtenteils ein Ergebnis der US-Sanktionen gegen Russland. Präsident Joe Biden hat wiederholt erklärt, seine Regierung wolle einen „langen und schmerzhaften Krieg“ führen. Diese Verlängerung des Kriegs wird zur Folge haben, dass „Millionen sterben“, wie der ägyptische Außenminister gegenüber der *Financial Times* erklärte.

H.M.



Niedergang des westlichen Imperialismus und die Kriegsgefahr

Der Krieg in der Ukraine läuft für den Westen nicht gut. Dabei geht es nicht in erster Linie um die Lage in der Ukraine, sondern vor allem um die weitestgehend ins Leere laufenden Wirtschaftssanktionen gegen Russland. Diese schaden aktuell dem Westen mehr als Russland. Die meisten Länder der Welt beteiligen sich nicht an Sanktionen gegen Russland.

Auch im unmittelbaren Einflussbereich der EU läuft es nicht gut. Griechische Tanker transportieren im großen Stil russisches Öl und sorgen somit für dessen Verkauf. Indien erhält von Russland günstiges Öl und verkauft es in die EU und an die USA. Von wegen Europa und die USA würden auf russisches Öl verzichten!

Dieses Unvermögen des Wes-

tens, seine Sanktionen weltweit durchzusetzen, hängt wesentlich mit dem zunehmenden Bedeutungsverlust der G7-Staaten zusammen. Beim Außenministertreffen der G20-Staaten in Indonesien waren die G7 mit ihrem Versuch gescheitert, Russland zu isolieren. Mit Gründung der BRIC-Staatengruppe 2009 nahm das Gegengewicht zum westlichen Imperialismus erstmals organisatorische Gestalt an. Mit China und Indien gehören die beiden bevölkerungsreichsten Länder der Welt dieser Gruppe an.

Für viele Länder des Südens ist das chinesische Modell attraktiv, weil es dafür steht, dass es gelingen kann, in historisch kürzester Frist 800 Mio. Menschen von extremer Armut zu befreien. Während das Modell des Westens vor allem für

ökonomische Ausbeutung und Bevormundung steht.

Schon länger reagiert der Westen – vor allem die USA – auf diese Entwicklung mit zunehmender Militarisierung seiner Außenpolitik. Beim aktuellen G7 Treffen und dem NATO Gipfel erreichte diese Entwicklung einen vorläufigen Höhepunkt. Der Westen will seinen Abstieg durch verstärkten Einsatz von Militär verzögern. Hauptgegner sind China und Russland. Die G7-Staaten wollen ein Gegengewicht zum Seidenstraßenprojekt schaffen. Dafür wollen sie 600 Mrd. US-Dollar einsetzen. Die NATO setzt auf einen entgrenzten Krieg, ihr Zielgebiet ist nun die Welt. Kernwaffen sind integraler Bestandteil des Militärkonzeptes und die NATO macht sich kriegsbereit. Henning Mächerle

Reisebericht Teil 2: Bildungsreise im Baskenland

Am nächsten Tag fuhren wir mit einem Bus schon morgens nach Gernika-Lumo (Guernica y Luno). Nach einem Rundgang im Friedensmuseum von Gernika setzen wir unseren Aufenthalt in der kleinen Stadt mit einem antifaschistischen-historischen Stadtrundgang fort. Der Luftangriff auf Gernika am 26. April 1937 (ein Marktmontag) durch Kampfflugzeuge der deutschen Legion Condor und der italienischen



Aviazione Legionaria war eine militärische Operation während des Spanienkriegs (1936–39), der gekennzeichnet war durch ein dreistündiges Dauerbombardement mit 31 Tonnen Spreng-, Splitter- und Brandbomben und anschließenden Tieffliegerangriffen, über das zwei Tage später der britische Journalist George Steer berichtete. Pablo Picasso, der zur selben Zeit in Paris bei einer Weltausstellung arbeitete, gab einem seiner Werke den Namen „Guernica“, als er von den Gescheh-

nissen in Gernika gelesen hatte. Picasso verfügte, dass sein Bild erst dann nach Spanien kommen solle, wenn das Land wieder eine Republik sei.

Zwar befindet es sich heute im Land, aber die spanische Regierung behält es in Madrid – und eine Republik ist Spanien bis heute nicht. Bis heute kämpfen deshalb die Bask:innen dafür, dass das Bild nach

Gernika kommt. Nach dem antifaschistischen-historischen Stadtrundgang besuchten wir die Initiative Batzorde-Memoria aus Gernika, deren Mitglieder seit vielen Jahren in der lokalen Erinnerungsarbeit aktiv sind. An dieser Stelle wurde uns deutlich, wie wenig Interesse der spanische Staat an einer Aufarbeitung der Geschichte zeigt und wie sehr die Memoria-Arbeit abhängig ist vom ehrenamtlichen Engagement.

Unser nächstes Tagesausflugsziel

war die Stadt Santander in der Nachbarregion Kantabrien. Dort erzählte uns die Referentin der AGE (Archivo, Guerra y Exilio) an einem Denkmal für die Maquis von ihrer Familiengeschichte. Der Begriff „Maquis“ bezeichnet Partisan:innen, die sich nach dem Spanienkrieg entschieden haben, in die Berge zu ziehen, um weiter gegen die Franco-Diktatur zu kämpfen, eine heute kaum noch bekannte Episode des antifaschistischen Widerstands in Spanien. Wir tauchten noch etwas tiefer in die Geschichte ein, als die Referentin mit uns an einen küstennahen Friedhof fuhr, auf dem Massenexekutionen durchgeführt und Massengräber für Widerstandskämpfer:innen ausgehoben wurden. Die Rückfahrt führte uns in das ehemalige Bergbauggebiet La Arboleda – Zeugnis der industriellen Geschichte der Region, in dem auch der Geburtsort der legendären Vorsitzenden der spanischen KP, Dolores Ibárruri „La Passionsara“, liegt.

Fortsetzung folgt.

Basti

Pandemie und Wirtschaftskrise: Kubas Umgang mit schweren Zeiten

Mit Beginn der Corona-Pandemie Anfang 2020 hatte Kuba die Ökonomie darauf eingestellt, die lebenswichtigen Dinge für das Volk in Krisenzeiten sicherzustellen: Das hieß, alles zur Prävention und Bekämpfung der noch unbekannt Krankheit zu tun und die Grundversorgung mit Lebensmitteln und Energie sicherzustellen. Das war ein Spagat, da für Kuba als Inselstaat der Eintrag des Virus zwar leichter zu begrenzen war, aber die Tourismusindustrie einer der wichtigsten Devisenbringer für das Land ist. Devisen werden gebraucht, um Weizen, Erdöl, Medikamente oder andere vitale Dinge zu importieren. Als der Ernst der Lage im März 2020 klar wurde, stellten Miguel Diaz-Canel (1. Sekretär der PCC und Präsident) und verschiedene MinisterInnen in abendlichen Info-Sendungen die Pläne zur Pandemie-Bekämpfung und die notwendigen ökonomischen Maßnahmen vor.

Neben staatlich organisierten Initiativen appellierte man auch an Nachbarschaftskomitees und Familien, Lebensmittel verstärkt lokal zu produzieren (Kampagne „Cultiva tu pedacito“ = „bestell dein Stückchen Land“). Es könnten seit langem auf dem größtenteils fruchtbaren Boden der Insel viel mehr Lebensmittel selbst produziert werden.

Die Grundversorgung wurde über Lebensmittelkarten (Libreta) gewährleistet. Den ArbeiterInnen, die während der Lockdowns zu Hause bleiben mussten, wurde zumindest 60% ihres Gehalts weiterbezahlt, es wurde vermehrt auf Home-Office gesetzt. Die erste Zeit über wurden mit simplen, solidarischen Maßnahmen wie dem Nähen von Mundschutz und Verwenden von gechlortem Wasser zur Desinfektion die Wellen der Infektion flach gehalten. So gewann man Zeit, um Impfstoffe gegen Covid-19 zu entwickeln. Es war klar, dass es aufgrund der US-Blockade auch keine Gnade geben würde, d.h., dass Kuba keinen Impfstoff amerikanischer Hersteller bekommen würde. Die in Rekordzeit von der Unternehmens-

gruppe BioCubaFarma entwickelten kubanischen Impfstoffe Abdala und Soberana 2 haben ihre Wirksamkeit bewiesen und können es mit denen von internationalen Pharmariesen aufnehmen. Zudem sind sie geeigneter für ärmere Länder des Südens, da sie nicht so stark gekühlt werden müssen. Natürlich hat die Entwicklung und die Versorgung mit Grundstoffen zur Impfstoffproduktion - es sind über 90% der Menschen geimpft - Kuba Ressourcen gekostet.

Umso schöner war es, dass im Mai 2022 dank den SpenderInnen des Frankfurter Vereins InterRed eine 100kWp Photovoltaikanlage auf dem Dach einer Produktionsanlage von BioCubaFarma gebaut werden konnte. Die Entwicklung von Projekten mit erneuerbaren Energien ist auf Kuba politisch unbedingt gewollt, jedoch fehlen besagte Devisen, um mehr Anlagen zu errichten.

Dipl.-Ing. Jan Weinel



pressfest.unsere-zeit.de

**Solidarität
mit dem
sozialistischen
Cuba!**

UZ-Pressfest | Berlin | 27./28. August
Rosa-Luxemburg-Platz



**UZ - sozialistische
Wochenzeitung der DKP**

**Das 6-Wochen-Probe-Abo
zum Kennenlernen!**

Die Print- und Online-Ausgabe gratis.
Das Abo endet natürlich
automatisch!

<https://shop.unsere-zeit.de/uz-probe-abo-6-wochen-gratis/>

Termine

Fragen oder Anmeldungen an
giessen@dkp.de 

24.08.2022 um 19:30 Uhr:
Gruppenabend / MV DKP GI,
Kerkrade-Zimmer

27. & 28.08.2022
UZ-Pressesfest in Berlin

31.08.2022:
Redaktionsschluss Sep.-Echo

02.09.2022 um 19 Uhr:
Stammtisch der DKP GI

10.09.2022 ab 15 Uhr
Revolutionäres Sommerfest
der DKP Gießen in der Nähe
von Buseck: "Mit den **Roten** im
Grünen feiern"



Suche nach Mitfahrgelegenheit?
Bitte Mail an giessen@dkp.de

Aus 50 Jahren Gießener Echo

Schon vor **50 Jahren** berichteten wir über miserable Zustände bei den Sozialwohnungen im Nordviertel. Im Kommunalwahlkampf hatte die Wohnbau eine Aktion „Bad in jede Sozialwohnung“ gestartet. Verbunden damit war eine Mieterhöhung um 25 Mark. Um weitere 25 Mark sollte die Miete wegen gestiegener Verwaltungs- und Instandhaltungskosten erhöht werden. Die Wohnungen waren damals 20 Jahre alt, für die Instandhaltung war bis dahin wenig gemacht worden. Die Wohnungen und Häuser sahen entsprechend aus.

Vor **40 Jahren** sollte das Gelände der Waldgaststätte *Hochwart* enteignet werden. Die Bundeswehr wollte dort einen Schießplatz einrichten. Zur Gaststätte gehörten ein Kleintierzoo und Koppeln mit Damhirschen und Ponys. Die Eigentümer erfuhren bei ihrem Kampf gegen die Enteignung viel Solidarität, die Gaststätte blieb erhalten.

Vor **30 Jahren** wurde die Pflegeversicherung eingeführt. Die Unternehmer waren nicht bereit, ihren „Arbeitgeberanteil“, damals 1%, beizutragen. Als Kompensation ihrer

Kosten sollte zunächst die Lohnfortzahlung für den ersten Krankheitstag gestrichen werden. Es gab breiten Protest. Die IG Metall Gießen sammelte in kurzer Zeit 2.800 Unterschriften dagegen. Schließlich wurde zur Gegenfinanzierung ein Feiertag, der Buß- und Bettag, gestrichen.

Vor **20 Jahren** wurde der kommunale Betrieb *Stadtwerke* in eine Aktiengesellschaft umgewandelt. Seitdem haben die Stadtverordneten dort nicht mehr mitzubestimmen. Es entscheiden der Vorstand und der Aufsichtsrat. Seitdem arbeiten die Stadtwerke gewinnorientiert, nicht wie bis dahin kostendeckend. In den 20 Jahren wurden viele Millionen Euro Gewinn an die Stadtkasse abgeführt.

Ein Thema von vor **10 Jahren** ist wieder hochaktuell: Rettet den Schwanenteich! Wie damals sollen unter dem Vorwand eines undichten Dammes alle Bäume und Sträucher am Ufer des Teiches und der Wieseck beseitigt werden. Damals konnte die Bürgerinitiative gegen die Landesgartenschau mit einem Bürgerbegehren den Teich retten – hoffentlich gelingt das jetzt wieder.

Gernot Linhart

Sie lügen wie gedruckt.
Wir drucken, wie sie lügen.

Teste die beste
linke, überregionale Tageszeitung.

junge Welt

Drei Wochen gratis.

Probeabo muss nicht abbestellt werden, endet automatisch.



Leserbrief

Die deutsche Regierung sagt, was die Versorgung mit russischem Gas und Öl angeht, den Ast ab, auf dem sie sitzt. Sie hofft nun doch, dass der Verweis auf die Reparatur der Turbine nur leere Drohung ist. Das hoffen hier alle, die nicht frieren wollen. Kanada sprang aus Freundschaft nun über den Schatten des Embargos und handelte sich den Ärger Selenkijs ein. Im Umkehrschluss will die Ukraine lieber, dass die BRD friert und wirtschaftlich kollabiert. Dort haben wir offensichtlich keine richtigen Freunde! – Bisher hat das Embargo der Kreml-Regierung mehr Ölmilliarden eingebracht, als vorher. Auch aus dieser Erkenntnis sollten Habeck und Co. lernen.

Uwe Moldenhauer

Gießener Echo

Bitte Abogebühren bezahlen und spenden!

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantwortl.: Gernot Linhart, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30 Euro im Jahr (inkl. Versandkosten).

Konto: IBAN: DE72 5135 0025 0200 5491 46

Namentlich gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung des Redaktionskollektivs des Gießener Echos wieder.

Rückmeldungen + Leserbriefe an:

Gießener Echo,
Postfach 110340, 35348 Gießen,
E-Mail: giessen@dkp.de
Im Internet: www.giessen.dkp.de